

# Die Verfassung.

## Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonntag. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7 1/2 Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Mohrenstr. 34. 4 1/2 Sgr. Inzerate die Zeile 3 Sgr.

### An unsere Leser.

Die vorige Nummer der Verfassung ist konfisziert worden. Da uns die Stelle, welche man für strafbar erachtete, nicht bezeichnet wurde, und da wir bei der sorgfältigsten Durchsicht der ganzen Nummer keine Stelle auffinden konnten, welche wir für den Grund der Konfiskation halten könnten, so war es uns nicht möglich, unseren Lesern mit Fortlassung der angeschuldigten Stelle eine neue Ausgabe zukommen zu lassen. Bis jetzt haben wir über das Schicksal der konfiszierten Nummer noch keine Nachricht und hoffen wir, daß das Gericht die Beschlagnahme nicht bestätigen wird, so daß wir bald im Stande sein werden, unseren Lesern die mit Beschlag belegte Nummer nachzuliefern.

Was den Inhalt der konfiszierten Nummer betrifft, so besprachen wir im Leitartikel die Angriffe, welche die Redefreiheit im Abgeordnetenhaus augenblicklich erfährt, und gaben unserer Ansicht darüber einen offenen Ausdruck. In dem Sprechsaal theilten wir unseren Lesern zwei Stellen aus früheren Reden des Minister-Präsidenten und des Herrn von Below mit, um zu zeigen, wie wenig Grund die sogenannte konservative Partei hat, die Auslassungen der liberalen Partei im Abgeordnetenhaus in irgend einer Weise als nicht wünschenswerth oder nicht passend zu bezeichnen. Außerdem hatten wir unseren Lesern die Gründe entwickelt, welche eine Verwerfung der geforderten Marineanleihe notwendig machten.

So weit der Inhalt der einzelnen Artikel. Einer derselben enthält möglicher Weise irgend eine Stelle, die man für strafbar hält, und wir können daher hier nur kurz den Inhalt andeuten; was die politische Wochenchau betrifft, so werden wir das Wesentliche aus derselben, um unsere Leser auf dem Laufenden zu erhalten, in unsere diesmahlige Wochenchau aufnehmen.

Wir hoffen, unsere Leser werden uns den Umstand, daß sie auf diese Weise eine Nummer unseres Blattes weniger erhalten, nicht zur Last legen, sondern überzeugt sein, daß wir stets bestrebt sind, durch strenges Innehalten der gesetzlichen Schranken eine Beschlagnahme zu vermeiden. Geschieht dies dennoch, wie in der vorigen Woche, so liegt darin ein Beweis, wie auch bei der größten Sorgfalt in dieser Beziehung ein Verstoß gegen die Ansichten der Behörden nicht immer zu vermeiden ist, und bitten wir deshalb unsere Leser, uns ihr Wohlwollen trotzdem ferner auch zu erhalten.

Wir machen darauf aufmerksam, daß das Abonnement für das nächste Vierteljahr bei der Post bis zum 25. dieses Monats erneuert werden muß, wenn eine regelmäßige Zusendung des Blattes gesichert werden soll.

### Klage Politik.

Es liegt uns die Nr. 23 des Antablattes der königlichen Regierung zu Marienwerder vor. In diesem Blatte ist die erste Hälfte der Rede abgedruckt, welche der Ministerpräsident von Bismarck, bei Gelegenheit der Verhandlung über die Regierungsvorlage wegen der Bewilligung einer Anleihe von zehn Millionen Thalern für Marinezwecke, in der 61sten Sitzung des Abgeordnetenhauses gehalten hat. — Als wir den Abdruck dieser halbirtten Rede lasen, da fragten wir uns: warum giebt man denn dem Volke nur die erste Hälfte der Rede zu lesen? Die Frage ist einfach, aber die Antwort noch einfacher.

Die Freunde des Herrn von Bismarck, vielleicht er selbst, werden auf den ersten Theil seiner Aeußerungen wahrscheinlich stolzer gewesen sein, als auf den zweiten, und mehr gewünscht haben, diesen ersten Theil zu verbreiten, als den zweiten. Holen wir deshalb nach, was das angeführte amtliche Blatt verfaumt hat. Herr von Bismarck sagte damals Folgendes:

Wie Sie sich mit Ihren Wählern darüber absinden, das ist Ihre Sache; ich glaube, daß das so schwer nicht ist, das Gewählwerden. Wenn man versprechen kann, so kann man auch gewählt werden.

In allen Schichten unserer Bevölkerung liegt eine gewisse Trägheit zur Erfüllung der Pflichten, ohne deren Erfüllung ein großer Staat eben nicht bestehen kann; in allen Schichten dient man nicht gern so lange als man muß; kann man sich dem entziehen, giebt es Befehle, die ein Auge dabei zubliden, so sucht man es loszuwerden. Geschmuggelt wird in fast allen Ständen, besonders vom weltlichen Theil der Bevölkerung, ich schreibe daraus, daß Steuern nicht aus Patriotismus, sondern aus Zwang gezahlt werden.

Die meisten Wähler werden sich selbst kaum ein Urtheil darüber beilegen, ob eine Armee mit einem Dienstjahre weniger bestehen kann oder nicht, ob der Staat mit etwas weniger oder mehr Steuern auskommen kann oder nicht; jedenfalls aber würden sie es gern sehen, wenn das möglich wäre. Stellt ihnen das als Wahlkandidat ein gebildeter, ihnen an Einsicht überlegener Herr vor, und gar ein königlicher Beamter, der ihnen sagt: man kauft Euch abscheulich darüber, es ist eine vortreffliche Armee mit zweijähriger Dienstzeit möglich, der Staat könnte mit sehr viel weniger Steuern bestehen, Ihr seid überbürdet, so leuchtet das den Leuten ein, sie sagen, der Herr spricht gut, unsere Wahlstimme kostet uns nichts, wir wollen es damit versuchen, schafft er, was er sagt, so ist es gut, kann er es nicht schaffen, so wird er wiederkommen und sagen, es ist noch nicht gelungen, aber zweijährige Dienstzeit müßt Ihr haben. Das Vertrauen der Bevölkerung zur Weisheit des Königs ist groß genug, daß sie sich sagen, sollte das Land dabei zu Grunde gehen oder wirklich in Schaden kommen, so wird es ja der König nicht leiden.

Also das Gewählwerden ist nach Herrn von Bismarck nicht schwer, wenn man nur versprechen kann. Außerdem soll unsere Bevölkerung lässig in der Erfüllung ihrer Pflichten sein. Die meisten Wähler, meint er ferner, haben kein Urtheil darüber, wie lange die Dienstzeit im Heere zu dauern hat. Wir, die wir vor dem Zeitstand und der Pflichttreue unseres Volkes die größte Achtung haben, fühlen uns verpflichtet, hiergegen feierlich Protest einzulegen.

Noch niemand hat bisher dem Preussischen Volke die Besoldigung in das Gesicht geworfen: „es sei trägt in der Erfüllung der Pflichten.“ Wie lange ist es denn her, daß die hinter dem Herrn von Bismarck stehende Partei kein geläufigeres Wort kannte, als: „der König rief, und Alle, Alle kamen“, und von diesem selben Volke sagt man jetzt, es sei trägt in der Erfüllung seiner Pflichten. Die Sache ist aber ganz einfach. Man ärzert sich darüber, daß unser Volk verständig genug ist, um sich selbst ein Urtheil über seine Pflichten zu bilden und nicht jede Handlung, die man von ihm verlangt, als nothwendig zum Heil des Staates anzuerkennen. Es wählt seine Vertreter nach eigener Ueberzeugung, damit diese nicht dulden, daß ihm irgendwie zuviel aufgebürdet werde. Und es hat Recht mit dieser Vorsicht, denn es kennt sehr wohl den alten Spruch: „Wenn du den Frieden willst, erhalte dich kriegsfähig.“ Es hat diesen Spruch stets vor Augen, es weiß sehr wohl, daß man

im Frieden die Kräfte für den Krieg sammeln muß, um denselben bestehen zu können. Was gehört denn aber zum Kriege? Vor allen Dingen doch Geld- und Menschenkräfte. Diese müssen aufgespart werden, um im Kriege vorhanden zu sein.

Nach diesen Grundfäden hat das Volk bisher gewöhnt und ist sich dabei seines Zweckes wohl bewußt gewesen. Es ist wirklich nicht so unwissend als Manche es gern sich selbst und Anderen einreden möchte und es ist sich seiner Pflichten stets bewußt und nie lässig in der Erfüllung derselben gewesen.

Am ernstesten müßten wir aber der Unterstellung widerprechen, als ob das Volk seine Abgeordneten wähle in der Aussicht, daß die Stimmen der Abgeordneten keinen Einfluß auf das Gesicht des Landes hätten, wie solches ja in der Rede des Herrn von Bismarck angedeutet ist. Solche Hoffnungen kennt unser Volk nicht. Es wählt nach bester Ueberzeugung diejenigen, welchen es das Vertrauen schenkt, daß sie Einsicht in die Bedürfnisse unseres Vaterlandes haben. Hinterhalte und Rücksichten kennt das Preussische Volk nicht, es hat von je her treu zu seinen Ehrentoren gestanden und wer sein Gebäude auf der Hoffnung eines etwa bei unserrn Volke möglichen Wandelmaßes zu errichten gedenken sollte, der wird noch früh genug zu seinem Schaden erfahren müssen, daß er einen unsicheren Baugrund gewählt hat. Sein Haus wird vom ersten Sturme wie ein Kartenhaus weggeblasen werden.

### Politische Wochenschau.

**Preußen.** Das Hauptereigniß der vorigen Woche war die allerdings vorausgelebene Ablehnung der geforderten Marine-Anleihe von 10 Millionen. Die Verhandlungen beschränkten sich wesentlich auf die politische Seite der Frage, ohne daß jedoch von Seiten des Ministeriums dem Hause eine neue Auffklärung über die Stellung Preußens in der schleswig-holstein'schen Frage gegeben wurde. Die ganze Verhandlung, und ganz besonders die Bägigkeit, mit welcher die Regierung an der Bewilligung der Anleihe festhielt, und sogar sich zu Frieden erklärte, wenn man sie eventuell, d. h. nur für den Fall bewilligen würde, daß Preußen sich in den Besitz von Kiel setzt, ließ den Eindruck zurück, als ob der Regierung vor Allem darauf ankomme, durch irgend ein Votum der Volksvertretung eine Unterstüßung bei ihrem Auftreten in der schleswig-holstein'schen Angelegenheit zu erhalten. Diese Wahrnehmung ist, wir können es uns nicht verhehlen, eine erfreuliche, denn sie zeigt uns, wie keine Regierung in einem konstitutionellen Lande sich der Erkenntniß verschließen kann, daß sie in allen Dingen der Unterstüßung der Volksvertretung dringend bedarf.

Das gleiche Bestreben der Regierung, auf irgend eine Weise eine Billigung der in der schleswig-holstein'schen Frage befolgten Politik vom Abgeordnetenhaus zu erlangen, trat in der Debatte über die Kriegskosten-Vorlage der Regierung hervor. Auf den Antrag der Kommission wurde auch diese Vorlage von der Majorität der Kammer abgelehnt, da das Abgeordnetenhaus während des budgetlosen Zustandes überhaupt keine Gelder zu außerordentlichen Ausgaben bewilligen konnte.

Das Gesetz über den Staatshaushalt für das Jahr 1865 wurde vom Abgeordnetenhaus im Ganzen so angenom-

men, wie es sich aus der Bewilligung der einzelnen Posten, denen das Haus seine Genehmigung erteilt hat, ergibt. Während in dem von der Regierung vorgelegten Entwurfe Einnahme und Ausgabe gleich waren, schließt der vom Hause angenommene Etat mit einem **Ueberschuß von etwa sieben und eine halbe Million Thaler** ab.

Die konservativen Abgeordneten haben einen Antrag eingebracht, nach welchem das Haus auf den Antrag von 15 Mitgliedern über einen Erdringruß gegen einen Redner beschließen kann. Die Geschäftsordnungs-Kommission hat die einfache Verwerfung dieses Antrages, welcher die Befugnisse des Präsidenten einschränkt, beschlossen.

Der Schluss des Hauses wird in den nächsten Tagen erfolgen, wahrscheinlich hat er schon stattgefunden, wenn unsere Leser das Blatt erhalten.

Das Herrenhaus hat in den letzten Tagen eine große Anzahl von Gegenständen erledigt. In seiner letzten Sitzung hat es sich mit dem früher mitgetheilten Antrage der Herren v. Below und Genossen auf eine Declaration des Art. 84. der Verfassung beschäftigt. Man hat aber wohl eingesehen, daß eine Verfassungsänderung zur Beschränkung der Redefreiheit im Abgeordnetenause jetzt nicht durchführbar ist, und deshalb hat man von diesem Antrage Abstand genommen; das Haus ist einem Antrage des Herrn v. Balow beigetreten, die Regierung zu ersuchen, innerhalb der bestehenden Gesetze Vorkehrung zu treffen, daß Beleidigungen und dergl. auch dann den Strafgesetzen unterworfen sind, wenn sie von Mitgliedern der Häuser des Landtages ausgehen. Der Ministerpräsident hat die Erfüllung des Wunsches zugesagt. Bei der Debatte mußten die armen Zeitungen viel leiden, sie sollen alles Unheil verschulden.

Man spricht jetzt sehr ernstlich von dem bevorstehenden Rücktritt des Justizministers, doch dürfte dieselbe schwerlich vor dem **Schluss der Kammeressionen** erfolgen. Wie es heißt, soll derselbe nach der Pensionierung des hochbetagten Kanzlers von Jander, Kanzler des Königreichs Preussens werden. Allerdings wird dieses Gerücht von offiziöser Seite als grundlos bezeichnet, aber der Glaube an die Richtigkeit desselben kann dadurch nicht erschüttert werden.

Außerdem blieb es auch in den letzten Tagen, daß der Kriegsminister, Herr von Roon, sein Portefeuille niederlegen werde, und daß der bisherige Chef des Militär-Kabinetts, der General-Adjutant von Mantuffel, zu seinem Nachfolger bestimmt sei. Wir geben dieses Gerücht einfach wieder, ohne daß wir seine Richtigkeit anerkennen wollen.

Ein Streit, welcher im Abgeordnetenause zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Abgeordneten, Professor Dr. Birchow, stattgefunden, hat eine ganz ungewöhnliche Ausdehnung erlangt, indem Herr von Bismarck von dem Dr. Birchow die Zurücknahme der angeblich beleidigenden Äußerung oder die Annahme eines Duells verlangt hat. Birchow hat die Herausforderung nicht angenommen, und sind ihm in Folge dessen, nicht nur aus Berlin, sondern auch aus anderen Theilen des Landes eine große Anzahl von Zustimmungsbareffen zugekommen, welche noch fortwährend andere gleichen Inhalts folgen. Einer Deputation, welche ihm eine solche Adresse überreichte, erklärte er, daß ihm diese Zustimmung eine aufrichtige Befriedigung gewähre. Zwar habe es nicht in seiner Absicht gelegen, diese Angelegenheit so auf den offenen Markt zu tragen; nachdem dies jedoch geschehen, könne er sich nur freuen, das richtige Verhältniß für sie im Volke zu finden. Er fühle sich jedoch verpflichtet, auszusprechen, daß, wenn er auch nicht in seiner dem Volke verantwortlichen Stellung als Abgeordneter sich befunden hätte, er doch niemals auf

ein Duell eingegangen sein würde, weil er es endlich an der Zeit halte, daß Jedermann sich verpflichtet finde, zur Unterdrückung dieses alten Vorurtheils beizutragen. Wenn man durch bewartige massenhafte Zustimmungen aus dem Volke selbst Anhebungen in gleichem Sinne zu Tage treten, so sei er überzeugt, daß damit ein wesentlicher Schritt auf dem Wege der Emanzipation von jenem Vorurtheil gethan sei, und deshalb begrüße er dieselbe mit doppelter Freude. Die Bürgerchaft dürfe aber hiernach vertrauen, daß er von diesem Standpunkt nicht weichen werde.

**Schleswig-Holstein.** Die Einberufung der Stände von 1854 ist jetzt von Desterreich zugestanden worden, doch sollen sie nur zu dem Zwecke zusammentreten, um das Wahlgesetz von 1848 anzunehmen, und Wahlen auf Grund desselben auszusprechen. Es ist mit der Einigung über diesen Punkt aber noch keineswegs eine vollständige Einigung zwischen Preußen und Desterreich über die ferneren Schritte in der schleswig-holsteinischen Frage erzielt worden. Man rechnete darauf, daß bei der persönlichen Zusammenkunft beider Monarchen in Karlsbad endlich eine feste Vereinbarung in dieser Beziehung getroffen werden würde, doch hat sich diese Zusammenkunft fürs erste wieder zerfallen, da die Spannung zwischen Desterreich und Preußen nach allen darüber vorliegenden Berichten wieder einen sehr hohen Grad erreicht zu haben scheint.

Der Großherzog von Oldenburg hat seine Ansprüche auf den Thron der Herzogthümer von Neuem geltend gemacht und seine Sache, wie es scheint, in Berlin persönlich betrieben. Er wollte zu diesem Zwecke auch nach Wien gehen, doch hat er diese Absicht aufgegeben. Möglich, daß er von dort von vornherein benachrichtigt worden ist, daß seine Bemühungen vergeblich sein werden. Ueber die Resultate seiner Verhandlungen in Berlin liegen die verschiedensten Berichte vor. Nach einer von Wien aus verbreiteten Nachricht soll er die Herzogthümer Schleswig-Holstein mit voller Souveränität erhalten, und dafür sein bisheriges Land, das Großherzogthum Oldenburg, an Preußen abtreten. Von anderer Seite wird dagegen versichert, er werde den Thron der Herzogthümer unter den von Preußen in einer Depeche an das Wiener Kabinet niedergelegten Bedingungen, welche wir seiner Zeit besprochen haben, bestreiten, und an Preußen nur ein kleines, an den Tadebusen grenzendes Stück Land, sowie die Grafschaft Birkenfeld, abtreten. Eine dritte Nachricht endlich spricht davon, daß Preußen dem Großherzog von Oldenburg seine Ansprüche auf Schleswig-Holstein für Geld abkaufen werde. Auf jeden Fall scheinen bei all diesen Verhandlungen die Ansprüche des Herzogs Friedrich ganz außer Acht gelassen zu sein. Allerdings soll die Prüfung seiner Ansprüche durch die preussischen Kronjuristen dieselben als sehr zweifelhaft hingestellt haben, aber das Urtheil der preussischen Kronjuristen ist doch nicht für alle Welt maßgebend.

Ueber die Angelegenheit des **Kielers Hafens** geben die Nachrichten gleichfalls sehr auseinander. Während alle Maßregeln der preussischen Regierung darauf hindeuten, daß sie mit der Vertagung der Marinefestung nach Kiel Ernst machen will, wird von anderer Seite verbreitet, daß eine Herstellung dauernder Eintrichung bei Desterreich auf den entscheidendsten Widerstand stoßen werde.

**Bahern.** Die Regierung hat bei den in München stehenden Regimentern so starke Verurlaubungen eintreten lassen, daß jetzt dort die Compagnie nur 15 Mann stark ist. Wir wissen nicht, ob solche Verurlaubungen im ganzen Lande stattgefunden haben, aber auf jeden Fall haben wir hier einen Beweis, daß selbst unter den Sachmännern die Ansichten über

die Nothwendigkeit eines großen Präsenzstandes weit auseinander gehen.

**Dehresch.** Der Kaiser ist in Ungarn gewesen und dort mit großer Jubel empfangen worden. Biele schäme sich daran die Hoffnung auf eine endliche Beilegung der Streitigkeiten mit Ungarn, doch dürfte dieselbe an dem hartnäckigen Widerstande der Ungarn gegen eine Gesamtvollversammlung des ganzen Kaiserthums scheitern. Die Ungarn wollen ihre eigene Verfassung und ihren eigenen Landtag, über welchem kein anderer sitzen soll, beibehalten.

Wie es scheint, erwartet man in einigen Grenzdistrikten in Tirol und im Venetianischen einen neuen Aufstandsversuch der italienischen Partei. In Venedig hat man eine sehr bedeutende geheime Pulverfabrik entdeckt. Dazu kommt, daß aus England die Nachricht von einer verabsichtigten Expedition Garibaldi's angelangt ist, als deren Ziel Venedig bezeichnet wird. Unter solchen Umständen scheint an eine Rekrutierung der in Venedig stehenden Armee nicht zu denken zu sein, und dennoch liegen offiziöse Nachrichten aus Wien vor, welche eine solche Maßregel nicht als unwahrscheinlich erscheinen lassen. Man denkt dort, um aus diesen Nachrichten hervorzugehen, sehr eifrig an eine Ausöhnung mit dem Königreich Italien, und trägt sich sogar mit der Hoffnung, daß dieser Versöhnung das Siegel durch die Vermählung des Kronprinzen von Italien mit einer österreichischen Erzherzogin aufgedrückt werde. Der Grund von dieser Wendung der Ansichten in Wien scheint das Bestreben zu sein, die volle Aufmerksamkeit wieder den deutschen Verhältnissen zuwenden zu können, da man sehr besorgt auf jede mögliche Ausbreitung des preussischen Einflusses in Deutschland blickt.

**Frankreich.** Die Stimmen, welche eine Zurückberufung der französischen Truppen aus Mexiko verlangen, werden immer lauter. Im Abgeordnetenhause ist die Rückberufung von Thiers bei Gelegenheit der Budget-Debatte sehr eindringlich bestritten worden. Dennoch verlautet, daß die Regierung von Neuem 50,000 Mann dorthin schicken werde, um den schwankenden Thron des Kaisers Maximilian zu stützen. (Wenn dazu noch Zeit ist!)

Die Kaiserin hat ihre Regenschhaft damit beschlossen, daß sie alle bis dahin ausgesprochenen Verwarnungen aufgegeben hat. Bei den Verhandlungen, welche im gesetzgebenden Körper stattfanden, haben die Redner der Opposition sich sehr entschieden gegen die fortwährende Vermehrung der Staatsschulden ausgesprochen. Man wünscht vielleicht eine Verminderung der stehenden Armee auf zwei Dritttheile ihres jetzigen Bestandes.

**Italien.** Die Verhandlungen zwischen dem Königreich Italien und dem Papste nähern sich, was den kirchlichen Theil derselben anbelangt, ihrem Ende. Es dreht sich nur noch um eine einzige Frage, um die Form des Eides, welchen die Bischöfe in dem Königreich künftig leisten sollen. Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß eine Verständigung darüber sehr bald ergiebt werden wird. Wie es aber mit den politischen Verhandlungen, deren Führung nicht mehr abgelehnt wird, steht, darüber herrscht noch ein tiefes Geheimniß.

**England.** Die amerikanische Regierung hat an das englische Kabinett sehr energische Noten wegen der Begünstigungen gerichtet, welche den Kaperschiffen der Rebellenstaaten zu Theil geworden sein sollen. In Folge dessen hat jetzt die englische Regierung den Beschluß gefaßt, kein Kriegsschiff der Rebellenstaaten mehr als Kriegsschiff anzuerkennen, so daß dieselben jetzt in keinem brittischen Hafen mehr anlegen können. Man hätte einen solchen Befehl schon vor längerer

Zeit erwarten müssen, da dadurch allein der Seeräuberei, welche die Rebellen trieben, ein Ziel zu setzen war.

**Nord-Amerika.** Der ehemalige Präsident der Rebellenstaaten, Jefferson Davis, ist mit noch mehreren Mitgliedern der Rebellen-Regierung des Hochverrats angeklagt und dürfte seine Verurtheilung zum Tode wohl mit Sicherheit zu erwarten stehen. Der Prozeß gegen die Mitthätigen des Mörders Booth dauert noch immer fort. Ein direkter Beweis für die Mitthätigkeit des Jefferson Davis hat sich noch nicht gefunden, doch ist der allgemeine Eindruck entgegengesetzt ein solcher, daß man an eine Aufmunterung, wenn nicht geradezu an eine direkte Aufforderung Seitens der Rebellen-Regierung oder doch ihr nahe stehender Personen glauben muß.

Inzwischen hat der Präsident eine Amnestie erlassen, welche jedoch nur die unteren Klassen der Gesellschaft trifft. Eine solche Amnestie könnte vielleicht Anstoß erregen, da sie die Vergeltung nicht als Regel, sondern als Ausnahme erscheinen läßt, allein das ist gerade die Art von Amnestie, wie sie sich die Rebellen durch die letzte schreckliche Schandthat berechtigt haben. Wäre nicht Lincoln unter dem Streiche des fälschlichen Mörders erlegen, so würden die Rebellen eine bessere Art von Amnestie erlangt haben — die Milde würde vorgewaltet haben, die Strenge in den Hintergrund getreten sein. Ohne Zweifel würde Lincoln damit eine starke und heftige Opposition im Norden erweckt haben, und das würde nicht das einzige Unglück gewesen sein. Die zu große Milde würde die unentbehrliche Vorbedingung einer wirklichen Reorganisation des Südens, die gründliche Vernichtung der Aristokratie des großen Grundbesitzes zerstört haben. Präsident Johnson ist durch seinen Erlass sowohl dem natürlichen Rechtsgesetz des Volkes, als den Erfordernissen einer der letzten Ziele in's Auge fassenben Staatsoberheit und seinem eigenen bündigen Programm gerecht geworden. Nur zu Gunsten der eigentlichen Verführten, der armen Tausel, die zum Militärdienst gezwungen wurden, oder sonst an der Rebellion Theil nahmen, weil sie den Sinn und die Tragweite derselben nicht begriffen, läßt Präsident Johnson Gnade vor Recht ergehen, nicht aber zu Gunsten der Anstifter, Leiter und Führer der Rebellion, nicht zu Gunsten eibrückiger Deserteeure aus dem Militärdienst des Bundes, nicht zu Gunsten der Scheniale, welche das Völkerrrecht mit Füßen getreten haben, nicht zu Gunsten der reichen Pflanzler. Allen diesen wird zwar die persönliche Anrufung der Gnade vorbehalten, und solche Gnade wird ihnen, falls sie anfruchtliche Reue zeigen und die Würde und Interessen der Republik nicht darunter leiden, gewährt werden; aber als Gesellschaftsklassen werden sie nicht amnestirt.

**Mexiko.** Einem deutlichen Beweis für die geringe Hoffnung, welche Kaiser Maximilian selbst für den Bestand seines Reiches hat, liefert die Thatfache, daß er 300,000 Pfd. nach Triest geschickt hat, um sein Lustschloß Miramonte wieder in Stand zu setzen.

### Briefkasten.

Herrn H. L. in Z. früher in B. Wir bitten Sie um nochmalige Angabe Ihrer Adresse, da Ihr letztes Schreiben verloren gegangen ist. — Herrn C. R. in E. Reskamen Sie nur das Blatt bei der Post, welche jede Bestellung annehmen muß. Ihre Zufriedenung von hier würde entweder verhältnißmäßig sehr bedeutende Kosten machen oder sehr langsam gehen. Im Uebrigen besten Dank für Ihre Bemühungen.